



## NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 70. SITZUNG DES STADTRATES

---

Sitzungsdatum: Montag, 27.04.2026  
Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 21:05 Uhr  
Ort: im Rathaus Marktoberdorf, großer Sitzungssaal

---

### ANWESENHEITSLISTE

#### **Erster Bürgermeister**

Hell, Wolfgang, Dr.

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Barth, Martin ab 17:25 Uhr  
Behr, Simon, Dr.  
Breiner, Walter  
Brenner, Armin  
Eichinger, Michael  
Elmer, Stefan  
Geiger, Werner  
Grieser, Andreas  
Guggenmos, Andrea  
Hannig, Wolfgang  
Jauchmann, Arno  
**Kögel, Eugen**  
Krebs, Thorsten  
Kustermann, Gertrud  
Martin, Georg  
**Reimann, Jürgen**  
**Schneider, Jörg** bis 17:40 Uhr  
Seelos, Meinrad  
Tenlik, Tufan  
**Vávra, Christian**  
Wagner, Richard  
**Würzner, Christian** ab 17:10 Uhr  
Zwick, Ursula ab 17:42 Uhr

#### **Protokollführer/in**

Hefermehl, Hannah

#### **Verwaltung**

Baur, Ralf bis 22:37 Uhr  
Guggenmos, Wolfgang

Rehm, Markus  
Schmidt, Marion  
Vogler, Martin

bis 21:05 Uhr  
bis 22:37 Uhr

**Abwesende und entschuldigte Personen:**

**Mitglieder des Stadtrates**

Weinhart, Andrea, Dr.

Grund: bekannt

# TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 13.04.2026  
(öffentlicher Teil)
- 2 Laudatio für Frau Ingrid Menzel
- 3 Bebauungsplan Nr. 73 "Sulzschneid-Nordwest": a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öff. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss 2026/0473
- 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 80 "Mehrfamilienhaus Memelstraße" - a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentl. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss 2026/0467
- 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 81 "Im Gewend-Mitte" - a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss 2026/0468
- 6 Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 82 "Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk" - Feststellungsbeschluss 2026/0458
- 7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 82 "Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk" - a) Behandlung der Stellungnahmen im Rahmen der öffentl. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss 2026/0459
- 8 Namensgebung neue Kita am Hallenbad 2025/0397
- 9 Festlegung Straßennamen Planstraßen Neubaugebiet "Hinterm Schloss" 2026/0469
- 10 Antrag an den Straßenbaulastträger Landkreis Ostallgäu auf Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 in Höhe der Schülerlotsenstelle in der Nesselwanger Straße aufgrund hochfrequentierten Schulweges vom 16.06.2025. 2026/0476
- 11 Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 Bahnhofstraße, zwischen dem Kreisverkehr Bahnhofstraße/Georg-Fischer-Straße („Aldi-Kreisel“) und dem nördlichen Kreisverkehr („Fendt-Kreisel“) während der Baumaßnahme Busbahnhof östlich der Bahngleise 2026/0475
- 12 Sachstandsbericht städtische Friedhöfe
- 13 Bauanträge
- 14 Verschiedenes
- 15 Verabschiedung ausscheidender Stadratsmitglieder

Erster Bürgermeister Dr. Wolfgang Hell eröffnet um 17:05 Uhr die öffentliche 70. Sitzung des Stadtrates, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Auf die Frage des Vorsitzenden nach Änderungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung gibt es keine Wortmeldungen. Der Vorsitzende stellt daher die Genehmigung der Tagesordnung fest.

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **1 Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 13.04.2026 (öffentlicher Teil)**

Es liegen keine Einwendungen zum Protokoll der letzten Sitzung vor. Der Vorsitzende stellt die Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) fest.

### **2 Laudatio für Frau Ingrid Menzel**

Der Vorsitzende hält eine Laudatio auf Frau Ingrid Menzel, der auf Beschluss des Stadtrates vom 24.11.2025 die silberne Ehrenmedaille verliehen wird. Frau Menzel hat sich in besonderer Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht: Als Initiatorin des Schülerlotsendienstes und über beeindruckende 46 Jahre hinweg als Schulweghelferin am Übergang Salzstraße/Marktplatz hat sie mit außergewöhnlicher Verlässlichkeit und Hingabe gewirkt. Mit ihrem langjährigen ehrenamtlichen Engagement hat sie – oft fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit – einen unschätzbaren Beitrag zur Sicherheit von Schulkindern über mehrere Generationen hinweg geleistet.

Der Vorsitzende überreicht ihr im Anschluss die Ehrenmedaille, eine Urkunde sowie einen Blumenstrauß.

### **3 Bebauungsplan Nr. 73 "Sulzschneid-Nordwest": a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öff. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonstiger TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Frau Schmidt stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0473).

Frau Golsner vom Büro Hoffmann-Dietz stellt den aktuellen Planungsstand, die eingegangenen Stellungnahmen sowie die Abwägungen anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Dazu geht sie die Stellungnahmen einzeln durch.

#### **1 Landratsamt Ostallgäu Staatliches Bauamt**

Herr Grieser erkundigt sich, ob die Farbe der Ziegel vorher festgesetzt gewesen sei.

Frau Schmidt verneint dies.

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **2 Landratsamt Ostallgäu Untere Bodenschutzbehörde**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **3 Landratsamt Ostallgäu Untere Immissionsschutzbehörde**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **4 Landratsamt Ostallgäu Untere Naturschutzbehörde**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **5 Landratsamt Ostallgäu Untere Wasserrechtsbehörde**

Herr Krebs möchte wissen, ob nun hier eine wasserrechtliche Erlaubnis erforderlich sei oder nicht.

Frau Golsner erklärt, dass sich dies im Laufe des Verfahrens ergebe.

Herr Grieser wirft ein, dass das Gebiet definitiv größer als 1.000 m<sup>2</sup> sei und somit eine Erlaubnis notwendig werde.

Herr Krebs fragt nach, ob diese dann zu einem späteren Zeitpunkt noch erteilt werden könne oder ob dadurch Probleme entstehen könnten.

Herr Baur erläutert, dass etwaige Probleme seitens der Wasserrechtsbehörde zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt wären, sofern solche zu erwarten seien.

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **6 Regierung von Schwaben**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **7 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **8 Wasserwirtschaftsamt Kempten**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **9 Kreisheimatpfleger (Bereich Bodendenkmalpflege) Jörg Müller**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **10 LEW Verteilernetz GmbH**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## **11 Deutsche Telekom Technik GmbH**

*Kein besonderer Beschluss notwendig.*

## 12 Vodafone GmbH/Vodafone Deutschland GmbH

Kein besonderer Beschluss notwendig.

## 13 Vodafone West GmbH

Kein besonderer Beschluss notwendig.

Herr Grieser zeigt sich irritiert **darüber**, dass es in der Vorlage **heißt**, das Niederschlagswasser werde in den Mischwasserkanal eingeleitet und **später über Rigolen** versickert, **dies könne so nicht zutreffen**.

Herr Baur **erklärt**, dass es sich **tatsächlich** um einen Regenwasserkanal handle, der Text werde entsprechend korrigiert.

Herr Schneider verlässt die Sitzung, Frau Zwick kommt zur Sitzung.

Herr Grieser fragt, ob die beiden **Änderungen**, nämlich die **Vergrößerung** der **Ausgleichsfläche** bei gleichzeitiger Reduzierung der GRZ, **tatsächlich** beide notwendig gewesen seien.

Frau Schmidt entgegnet, dass die **Vergrößerung** der **Ausgleichsfläche** eine Vorgabe der **unteren Naturschutzbehörde** gewesen sei.

Frau Golsner **ergänzt**, dass die Reduzierung der GRZ nur wenige **Grundstücke** betreffe, der **Bauraum** bleibe unverändert.

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf macht sich die Inhalte der **Abwägungs-** und Beschlussvorlage zur Entwurfsfassung vom 10.02.2025 zu Eigen.

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf billigt die Entwurfsfassung des Bebauungsplanes Nr. 73 "Sulzschneid-Nordwest" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 73 Sulzschneid-Nordwest" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026 erneut im Internet zu **veröffentlichen** (Beteiligung der **Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**) sowie die Stellungnahmen der **Behörden** und sonstiger Träger öffentlicher Belange einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 23 Nein: 0

4	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 80 "Mehrfamilienhaus Memelstraße" - a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentl. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss</b>
---	--

Frau Schmidt stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0467).

Herr Vogg von Ingenieurbüro VOGG stellt den aktuellen Planungsstand, die eingegangenen Stellungnahmen sowie die **Abwägungen** anhand der Anlage 1 zur Beschlussvorlage vor.

Dazu geht er die Stellungnahmen, die einen gesonderten Beschluss erfordern, einzeln durch.

## **27 Landratsamt Ostallgäu Bauleitplanung**

### Beschlussvorschlag

Die Stellungnahme des Landratsamts Ostallgäu Abtl. Bauleitplanung wird zur Kenntnis genommen und beachtet. Der Bebauungsplan wird wie folgt angepasst bzw. ergänzt:

### **Satzung und Begründung:**

Die Festsetzung der baulichen Nutzung mit „WA“ wird ersatzlos gestrichen und ersetzt durch „Zulässig sind ausschließlich Wohngebäude.“ In der Planzeichnung wird „WA“ durch „Wohngebäude“ ersetzt.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 0**

## **28 Landratsamt Ostallgäu Untere Wasserrechtsbehörde**

Herr Krebs weist darauf hin, dass es „30-jährliches Regenereignis“ heißen muss, nicht „30-jähriges“.

Herr Martin erläutert, dass Niederschlagswasser grundsätzlich auf dem eigenen Grundstück zu versickern ist. In diesem Fall müsse es jedoch teilweise in den Kanal eingeleitet werden, er möchte wissen, wie hierfür die entsprechende Kosten berechnet würden.

Frau Schmidt verweist auf die Entwässerungssatzung.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Nachweispflicht beim Vorhabenträger liege.

Herr Breiner möchte wissen, wer für Schäden an Nachbargrundstücken, etwa infolge von Starkregenereignissen hafte, die durch die Drosselung entstehen könnten.

Frau Schmidt erklärt, dass in einem solchen Fall die Sachlage durch einen Gutachter geprüft werden müsse. Die Werte für die Drosselung entsprächen den Vorgaben der Entwässerungssatzung.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen entscheide.

### Beschlussvorschlag

Die Satzung zum Bebauungsplan wird wie folgt angepasst bzw. ergänzt:

Zu Satzung Nr. 7. Niederschlagswasser:

„Die Niederschlagswasserbeseitigung von Wegen und Stellplätzen soll bevorzugt durch Versickerung im Plangebiet erfolgen. Die einschlägigen technischen Regelwerke sind anzuwenden. Ist eine Versickerung nicht oder nur teilweise möglich, ist ein Drosselablauf in den städtischen Kanal in Höhe von 0,15 l/s je 100 m<sup>2</sup> befestigte Grundstücksfläche zulässig. Darüber hinaus ist ein Regenrückhaltebecken für die Niederschlagswasserbeseitigung der Dachflächen vorzusehen, welches von der Größe mindestens auf ein 30-jährliches Regenereignis ausgelegt ist. Der Drosselabfluss ist hierbei zu berücksichtigen. Mit Vorlage des Bauantrages sind die geplanten Maßnahmen detailliert darzustellen und die Funktionsfähigkeit nachzuweisen.“

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 0**

## **31 Landratsamt Ostallgäu Untere Naturschutzbehörde**

### Beschlussvorschlag

Die Satzung wird entsprechend **ergänzt** bzw. **geändert** und **zusätzlich** folgende Passagen aufgenommen:

Die Pflanzliste wird entsprechend der Einwendung angepasst, so dass **ausschließlich** gebietseigene **Gehölze angepflanzt werden**.

Artenschutz:

„**Unter** anderem können bei der Rodung von **Gehölzen** besonders oder streng **geschützte** Arten wie **Vögel** oder **Fledermäuse** betroffen sein. Es ist sicher zu stellen, dass im Rahmen eines Bauvorhabens artenschutzrechtliche **Verbotstatbestände** nach § 44 BNatSchG nicht **berührt** werden. (z.B. durch **ökologische** Untersuchungen und eine Umweltbaubegleitung). Folgende Vorkehrungen und **Maßnahmen** werden vorgesehen, um **Gefährdungen** **europäischer** Vogelarten i. S. v. Art.1 VRL sowie streng **geschützter** Arten(gruppen) des Anhangs IV der FFHRL zu vermeiden bzw. mindern. Die Ermittlung der **Verbotstatbestände** gem. §44 Abs.1 i.V. m. Abs. 5 BNatSchG erfolgt unter Einbeziehung der nachfolgend dargestellten Vorkehrungen und **Maßnahmen**.

**Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung:**

V1: Die **Beeinträchtigung** bzw. **Tötung** von **Vögeln** wird vermieden, wenn die **Fällung/Rodung** von **Bäumen** und **Gehölzen** **außerhalb** der Vogelbrutzeit erfolgt. Der Zeitraum **außerhalb** der Vogelbrutzeit wird vom 01. Oktober bis zum 28./29. Februar eines jeden Jahres definiert.

V2: Im Zuge der Neubebauung ist auf **vogelgefährdende, große Glasflächen** z.B. in Form von transparenten **Abschirmungswänden, Durchgängen** etc. sowie stark spiegelnde Scheiben oder **Über-Eck-Verglasungen** zu verzichten. Das Anbringen von Greifvogelsilhouetten ist nicht geeignet, um Verluste zu verhindern.

V3: Die **Außenbeleuchtung** ist im Zuge der Neubebauung so zu gestalten, dass **ausschließlich** insektenfreundliche Lichtquellen mit **warmweißen** LED (Farbtemperatur <2.700 K) verwendet werden. Diese sind streulichtarm (Lichtwirkung nur nach unten, Abschirmung seitlich und nach oben) und staubdicht (kein Eindringen von Insekten in die Lampen, damit kein Verbrennen oder Verhungern) auszubilden und **dürfen** keine UV-Anteile besitzen (Vermeidung der Lockwirkung auf Insekten).

Ferner wird festgesetzt:

„In der **Außenanlage** und/oder am **Gebäude** sind vier **Ersatznistkästen** als Ausgleich für das Vogelnebst anzubringen (§ 15 BNatSchG, Verursacher verpflichtet). Eine Fachperson ist hierfür heranzuziehen um die Art und Weise der **Kästen** und Befestigung sinnvoll auszuführen. Für die Zwergfledermaus sind 4 Spaltenquartiere am neuen **Gebäude** anzubringen. **Gehölzrückschnitte** dürfen nur in der **dafür** gesetzlich vorgesehenen Zeit stattfinden, **außerhalb** der Vogelbrutzeit. Der Abriss des **Gebäudes** ist aufgrund des nachgewiesenen Fledermausquartier nur in den Wintermonaten **mögliche**.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 0**

Herr Hannig verlässt den Sitzungssaal.

#### **44 Wasserwirtschaftsamt Kempten**

##### Beschlussvorschlag

Die Satzung wird wie folgt ergänzt:

1. Niederschlagswasser:

„Die Niederschlagswasserbeseitigung von Wegen und **Stellplätzen** soll bevorzugt durch Versickerung im Plangebiet erfolgen. Die **einschlägigen** technischen Regelwerke sind anzuwenden. Ist eine Versickerung nicht oder nur teilweise **möglich**, ist ein Drosselablauf in den **städtischen** Kanal in **Höhe** von 0,15 l/s je 100 m<sup>2</sup> befestigte **Grundstücksfläche** zulässig. Darüber hinaus ist ein **Regenrückhaltebecken** für die Niederschlagswasserbeseitigung der **Dachflächen** vorzusehen, welches von der **Größe** mindestens auf ein **30-jährliches** Regenereignis ausgelegt ist. Der Drosselabfluss ist hierbei zu **berücksichtigen**.

Mit Vorlage des Bauantrages sind die geplanten **Maßnahmen** detailliert darzustellen und die **Funktionsfähigkeit nachzuweisen**.“

2. Grundwasser:

„Es ist durch geeignete **Maßnahmen** sicherzustellen, **daß** durch das Eindringen der Tiefgarage in den Grundwasserstauer keine nachteiligen Auswirkungen auf benachbarte **Grundstücke** oder **Gebäude** entstehen. Die maximale **Wasserstandsveränderung** des Grundwasserspiegels nach Fertigstellung aller baulichen Anlagen darf **höchstens** 10 cm betragen. Im Rahmen der Bauantragsstellung sind die vorgesehenen **Maßnahmen** detailliert darzustellen, der Nachweis der **Funktionsfähigkeit** ist eindeutig und nachvollziehbar zu **führen**.

Darüber hinaus sind ober- und unterstromig des Bauvorhabens Grundwassermessstellen zu errichten, diese sind mit Datalogger auszustatten.“

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22    Nein: 0**

Herr Hannig kehrt an seinen Platz zurück.

#### **54 Private Einwendung 1 und 3 vom 5.11.2024 und 18.11.2024**

##### Beschlussvorschlag

Der Bebauungsplan ist in Satzung, Begründung und Planzeichnung entsprechend der Abwägung

in folgenden Punkten zu ändern:

- Grundwasser  
„Es ist durch geeignete **Maßnahmen** sicherzustellen, **daß** durch das Eindringen der Tiefgarage in den Grundwasserstauer keine nachteiligen Auswirkungen auf benachbarte **Grundstücke** oder **Gebäude** entstehen. Die maximale **Wasserstandsveränderung** des Grundwasserspiegels nach Fertigstellung aller baulichen Anlagen darf **höchstens** 10 cm betragen. Im Rahmen der Bauantragsstellung sind die vorgesehenen **Maßnahmen** detailliert darzustellen, der Nachweis der **Funktionsfähigkeit** ist eindeutig und nachvollziehbar zu **führen**. Darüber hinaus sind ober- und unterstromig des Bauvorhabens Grundwassermessstellen zu errichten, diese sind mit Datalogger auszustatten.“
- Niederschlagswasser  
„Die Niederschlagswasserbeseitigung soll bevorzugt durch Versickerung im Plangebiet erfolgen. Die **einschlägigen** technischen Regelwerke sind anzuwenden. Ist eine Versickerung nicht oder nur teilweise **möglich**, ist ein Drosselablauf in den **städtischen** Kanal in Höhe von 0,15 l/s je 100 m<sup>2</sup> befestigte **Grundstücksfläche** zulässig. Darüber hinaus ist ein **Regenrückhaltebecken** vorzusehen, welches mindestens auf ein **30-jährliches** Regenereignis ausgelegt ist. Der Drosselabfluss und die Versickerung ist hierbei zu **berücksichtigen**. Mit Vorlage des Bauantrages sind die geplanten **Maßnahmen** detailliert darzustellen und die **Funktionsfähigkeit** **nachzuweisen**.“
- Festsetzung der **Zulässigkeit** von Bäumen II. Wuchsklasse nur auf der Nord- und Ostseite **des Gebäudes**.
- Technische Bauteile wie z.B. Schornsteine oder PV-Anlagen dürfen die **Gesamthöhe** um bis zu 0,50 m überschreiten.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 23    Nein: 0**

Herr Eichinger verlässt den Sitzungssaal.

#### **55 Private Einwendung 2 vom 09.11.2024**

##### Beschlussvorschlag

Der Bebauungsplan ist in Satzung, Begründung und Planzeichnung entsprechend der Abwägung in folgenden Punkten zu ändern:

- Festsetzung der Niederschlagswasserbehandlung auf Grundlage eines **30-jährlichen** Regenereignisses mit Anlage eines **Rückhaltebeckens**, gedrosselte Einleitung in **städtischen** Kanal ist zulässig.
- Festsetzung einer maximal zulässigen **Lärmbelastung** aus Wärmepumpen

- Festsetzung der Zulässigkeit von Bäumen II. Wuchsklasse nur auf der Nord- und Ostseite des Gebäudes.
- Technische Bauteile wie z.B. Schornsteine oder PV-Anlagen dürfen die Gesamthöhe um bis zu 0,50 m überschreiten

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf macht sich die Inhalte der **Abwägungs-** und Beschlussvorlage zur Fassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vom 30.09.2024 zu Eigen.

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf billigt die Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 80 "Mehrfamilienhaus **Memelstraße**" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 80 "Mehrfamilienhaus **Memelstraße**" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026 erneut im Internet zu **veröffentlichen** (Beteiligung der **Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**) sowie die Stellungnahmen der **Behörden** und sonstiger Träger öffentlicher Belange **gemäß § 4 Abs. 2 BauGB** einzuholen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0**

<b>5</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 81 "Im Gewend-Mitte" - a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss</b>
----------	---

Herr Eichinger kehrt an seinen Platz zurück. Herr Krebs verlässt den Sitzungssaal.

Frau Schmidt stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0468).

Herr Vogg von Ingenieurbüro VOGG stellt den aktuellen Planungsstand, die eingegangenen Stellungnahmen sowie die **Abwägungen** anhand der Anlage 1 zur Beschlussvorlage vor. Ein gesonderter Beschluss ist nur bei der Stellungnahme 31 erforderlich.

**31 Landratsamt Ostallgäu Untere Naturschutzbehörde**

Beschlussvorschlag

Der Bebauungsplan ist entsprechend der Abwägung zu ändern.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist vom Vorhabenträger zu beachten, die Maßnahmen zur Vermeidung werden vollumfänglich in die Satzung aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0**

Herr Krebs kehrt an seinen Platz zurück.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf macht sich die Inhalte der **Abwägungs-** und Beschlussvorlage zur Fassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes vom 22.09.2025 zu Eigen.

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf billigt die Entwurfsfassung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 81 "Im Gewend-Mitte" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 81 "Im Gewend-Mitte" in der Entwurfsfassung vom 27.04.2026 erneut im Internet zu veröffentlichen (Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 23 Nein: 0

6	<b>Änderung des Flächennutzungsplanes im vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk" Feststellungsbeschluss</b>	Bereich des Nr. 82 -
---	---	----------------------

Frau Guggenmos, Herr Elmer und Herr Reimann verlassen den Sitzungssaal.

Frau Schmidt stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0458). Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhanges zwischen den Tagesordnungspunkten 6 und 7 schlägt sie vor, die Abwägungen gemeinsam zu behandeln, danach aber beide Punkte getrennt abzustimmen.

Herr Emek von MOD-Plan stellt den aktuellen Planungsstand, die eingegangenen Stellungnahmen sowie die Abwägungen anhand der Anlage 1 zur Beschlussvorlage vor.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf macht die die Inhalte der Abwägungs- und Beschlussvorlage zu Eigen.

Die Planzeichnung wird aufgrund der Neuberechnung des naturschutzrechtlichen Ausgleichs auf Bebauungsplanebene redaktionell angepasst.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 82 „Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk“ in der Fassung vom 10.04.2026 wird festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 20 Nein: 0

7	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 82 "Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk" - a) Behandlung der Stellungnahmen im Rahmen der öffentl. Beteiligung und der Beteiligung der Behörden und sonst. TÖB b) Erneuter Billigungs- und Auslegungsbeschluss</b>	
---	---	--

Frau Schmidt stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0459). Die Vorstellung des aktuellen Planungsstand, der eingegangenen Stellungnahmen sowie die Abwägungen erfolgte bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf macht sich die Inhalte der Abwägungs- und Beschlussvorlage zur Fassung vom 17.12.2024 zu Eigen.

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf billigt den Entwurf des vorhabenbezogenen **Bebauungsplanes Nr. 82 "Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk"** in der Fassung vom 10.04.2026.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 82 „Freiflächenphotovoltaikanlage westlich Burk“ in der Fassung vom 10.04.2026 erneut im Internet zu veröffentlichen (Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB) sowie die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB einzuholen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 20 Nein: 0

## **8 Namensgebung neue Kita am Hallenbad**

Frau Guggenmos, Herr Elmer und Herr Reimann kehren an ihre Plätze zurück.

Frau Hefermehl stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0397).

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf beschließt die neue Kindertagesstätte in der Peter-Dörfler-Straße (am Hallenbad) in

- „Kita am Hallenbad  
- Kinderkrippe  
- Kindergarten“

zu benennen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 23 Nein: 0

## **9 Festlegung Straßennamen Planstraßen Neubaugebiet "Hinterm Schloss"**

Herr Rehm stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0469).

Herr Grieser gibt zu bedenken, dass mit dem „Clemens-Wenzeslaus-Weg“ neben der Kurfürstenstraße und der Kurfürstenallee bereits eine dritte Straße nach derselben Persönlichkeit benannt würde, und fragt, ob dies so gewollt und rechtlich zulässig sei.

Herr Rehm erklärt, dass dies rechtlich unbedenklich sei.

Herr Krebs schlägt vor, die Planstraße A in Rosalia-Häringer-Straße und die Planstraße B in Lotte-Eckart-Weg zu benennen. Beide Frauen standen in direktem Bezug zu Gabi Schwarz, für die ein Gedenkort am nahegelegenen Schlossbergfriedhof errichtet wurde. Rosalia Häringer half der schwangeren Jüdin Lotte Eckart bei der Unterbringung ihrer Tochter Gabriele Schwarz. Durch die Benennung der Straßen nach diesen beiden Frauen könne man, seiner Ansicht nach, den Opfern der Entmenschlichung symbolisch ein Stück Menschlichkeit zurückgeben.

Herr Hannig schlägt für die Planstraße A die Bezeichnung **Adolf-Rabus-Straße** vor. Dolf Rabus war eine herausragende **Persönlichkeit** der Stadt. Er gilt als **Mitbegründer** des Internationalen Kammerchorwettbewerbs sowie als treibende Kraft bei der **Gründung** des Festivals „musica sacra international“. Zudem leitete er 22 Jahre die Bayerische Musikakademie.

Herr Dr. Behr **schließt** sich diesem Vorschlag an und **ergänzt**, dass Dolf Rabus zudem Leiter des **Bläserensembles Marktoberdorf** gewesen sei.

Frau Kustermann **schlägt** den Namen Wanda-Schubert-Helfferich-Ring vor. Wanda Schubert-Helfferich war eine bedeutende **Künstlerin**, die gemeinsam mit Herrn Hotter das **Stadtbild geprägt hat** und sich darüber hinaus auch **gesellschaftspolitisch** engagierte.

Herr Grieser gibt zu bedenken, dass die Bezeichnung Wanda-Schubert-Helfferich-Ring die **zulässige Zeichenlänge** deutlich **überschreiten würde**. Er **möchte** wissen, ob es hier eine „Kann-“ oder eine „Muss-Regelung“ sei.

Herr Rehm erklärt, dass es sich hierbei um eine „Muss-Regelung“ handle.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, dennoch auch über diesen Vorschlag abzustimmen.

Die **Vorschläge** werden in alphabetischer Reihenfolge für die **Planstraße A** zur Abstimmung gestellt. Sobald ein Vorschlag die notwendige Mehrheit erreicht, gilt er als angenommen:

1. Adolf-Rabus-Straße – 10 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen
2. Clemens-Wenzeslaus-Weg – 8 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen
3. Kunigundenweg – 5 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen
4. Lotte-Eckart-Weg – 2 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen
5. Rosalia-Häringer-Straße – 12 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen – **gewählt**
6. Wanda-Schubert-Helfferich-Ring – keine Abstimmung mehr erforderlich

Im Anschluss werden die verbleibenden fünf Vorschläge für die Planstraße B abgestimmt. Herr Hannig zieht seinen Antrag auf Benennung der Straße in Adolf-Rabus-Straße zurück, Herr Dr. Behr behält seinen Antrag jedoch aufrecht.

1. Adolf-Rabus-Straße – 5 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen
2. Clemens-Wenzeslaus-Weg – 0 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen
3. Kunigundenweg – 13 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen – **gewählt**
4. Lotte-Eckart-Weg – keine Abstimmung mehr erforderlich
5. Wanda-Schubert-Helfferich-Ring – keine Abstimmung mehr erforderlich

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Marktoberdorf **beschließt** die **Straßennamen** für das Baugebiet „Hinterm Schloss“ und benennt die **Planstraße A** „**Rosalia-Häringer-Straße**“ sowie die **Planstraße B** „**Kunigundenweg**“.

**Abstimmungsergebnis:**                    **Ja: 22    Nein: 1**

10                    **Antrag an den **Straßenbaulastträger** Landkreis **Ostallgäu** auf Reduzierung der **Höchstgeschwindigkeit** auf Tempo 30 in **Höhe** der **Schülerlotsenstelle** in der **Nesselwanger Straße** aufgrund hochfrequentierten Schulweges vom 16.06.2025.**

Der Vorsitzende stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0476).

Herr Elmer nimmt dazu in seiner Funktion als Verkehrsbeauftragter des Stadtrates zustimmend Stellung. Die Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 in der Nesselwanger **Straße** sei mehrfach Thema in der Verkehrsschau gewesen. Zwar sei das Kriterium „hochfrequenzierter Schulweg“ noch nicht hinreichend definiert, jedoch solle man hier seiner Ansicht nach den gesunden Menschenverstand walten lassen.

Der Vorsitzende pflichtet ihm bei. Er erinnert daran, dass die **Änderung** der Rechtsnorm bereits seit 1,5 Jahren Bestand habe, nun **müsse** diese auch angewandt werden **können**, zumal auch der Verkehrssicherheitsbeauftragte der Polizei die **örtliche** und zeitliche begrenzte Geschwindigkeitsbeschränkung befürwortet.

Herr Martin, Herr Krebs und Herr Hannig finden ebenfalls lobende Worte für den Beschlussvorschlag und drücken ihre Zustimmung aus.

#### **Beschluss:**

Unter Bezugnahme auf die novellierte **Straßenverkehrsordnung** fordert der Stadtrat den Landkreis **Ostallgäu** auf, zur **Erhöhung** der Schulwegsicherheit dem seit 16.6.2025 vorliegenden Antrag der Stadt Marktoberdorf auf eine punktuelle und wochentags zeitlich begrenzte Geschwindigkeitsbegrenzung auf **Höchstgeschwindigkeit** Tempo 30 in **Höhe** der **Schülerlotsenstelle** in der Nesselwanger **Straße** (laut beiliegendem Plan) stattzugeben und in seiner Eigenschaft als zuständiger Straßenbaulastträger diese umgehend anzuordnen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 23 Nein: 0

11	<b>Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 Bahnhofstraße, zwischen dem Kreisverkehr Bahnhofstraße/Georg-Fischer-Straße („Aldi-Kreisel“) und dem nördlichen Kreisverkehr („Fendt-Kreisel“) während der Baumaßnahme Busbahnhof östlich der Bahngleise</b>
----	--

Der Vorsitzende stellt die Sach- und Rechtslage vor (siehe Beschlussvorlage 2026/0475).

Herr Elmer plädiert auch hier für Zustimmung. Die Abrollgeräusche verursachten **tatsächlich** den **größten** Lärm. Zwar stelle eine Beschilderung immer nur die zweitbeste **Lösung** dar, jedoch würde durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung hier definitiv der Lärm reduziert.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt die **Beschränkung** der Höchstgeschwindigkeit auf der **Bahnhofstraße** zwischen dem Kreisverkehr **Bahnhofstraße/Georg-Fischer-Straße („Aldi-Kreisel“)** und dem **nördlichen** Kreisverkehr („Fendt-Kreisel“) ab Beginn bis zum Ende der **Baumaßnahmen** zur Herstellung des **östlich** der Bahngleise gelegenen Busbahnhofes (**Mobilitätsdrehscheibe**) zur Kenntnis.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die Notwendigkeit und die Rechtsgrundlagen der eventuellen Anordnung einer dauerhaften Geschwindigkeitsreduzierung zu **klären** und mit einer Stellungnahme der Polizeiinspektion Marktoberdorf vor Inbetriebnahme des Busbahnhofes dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Dabei sind die durch den Busbahnhof (**Mobilitätsdrehscheibe**) **verstärkten** Verkehrsbewegungen im Bereich der Ein-/Ausfahrten durch Linienbusse, Flexibus, Taxi, Kiss&Ride-Pkw, Radfahrer, **Fußgänger**) zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis:** Ja: 23 Nein: 0

## 12 Sachstandsbericht städtische Friedhöfe

Der Vorsitzende stellt den Sachstand zu den städtischen Friedhöfen anhand einer PowerPoint Präsentation vor (siehe Anlage).

Frau Joa nutzt die Gelegenheit, um anzumerken, dass der Kies auf den Friedhofswegen mit Rollatoren schwer befahrbar sei. Sie regt an, die Kiesschicht auszudünnen.

Der Vorsitzende nimmt diesen Vorschlag dankbar an. Er appelliert an das künftige Gremium die Friedhöfe zu erhalten und zu pflegen, insbesondere auch das von ihm entwickelte Konzept des pflegefreien Urnengrabs mit historischen Grabsteinen auf dem Schlossbergfriedhof weiter umzusetzen. Er bittet darum, die Friedhofsverwaltung, welche von Frau Beranek und Frau Linder engagiert und innovativ wahrgenommen wird, zu unterstützen.

## 13 Bauanträge

Zu diesem vorsorglich in die Tagesordnung aufgenommene Punkt liegt heute nichts vor.

## 14 Verschiedenes

- Herr Barth dankt allen Beteiligten für die Schaffung der **Pumptrack-Anlage**, die ein tolles Angebot für Kinder und Jugendliche darstelle und sehr gut angenommen werde.
- Der Vorsitzende und Herr Hannig verabschieden den langjährigen Leiter der Bauverwaltung, **Herrn Ralf Baur**, der zum 30. April 2026 in den **Ruhestand** tritt. Herr Hannig würdigt dessen Wirken im Rahmen einer Laudatio.
- In diesem Zusammenhang verabschiedet der Vorsitzende auch **Frau Marion Schmidt**, die die Stadt Marktoberdorf zum 30. Juni 2026 verlässt, um die Position der Stadtbaumeisterin in Landsberg zu übernehmen.

## 15 Verabschiedung ausscheidender Stadtratsmitglieder

Der Vorsitzende verabschiedet die zum 30. April 2026 ausscheidenden Mitglieder des Stadtrates und spricht ihnen seinen Dank für ihr ehrenamtliches Engagement für die Stadt Marktoberdorf aus. Als Zeichen der Anerkennung überreicht er jeweils eine Urkunde sowie eine Schachtel Pralinen. Ebenso würdigt er die Beauftragte für Menschen mit Handicap, Frau Waltraud Joa, sowie den Integrationsbeauftragten, Herrn Selah Okul, und verabschiedet sie aus ihren Funktionen.

Im Anschluss richtet Herr Hannig in seiner Funktion als Zweiter Bürgermeister im Namen des Stadtrates und der Verwaltung Worte des Dankes an den Ersten Bürgermeister, Dr. Wolfgang Hell, und würdigt dessen Wirken in einer Laudatio. Diesen Dank bekräftigt auch der künftige Bürgermeister, Herr Eichinger.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, beendet der Vorsitzende um 21:05 Uhr die öffentliche 70. Sitzung des Stadtrates.

Der Vorsitzende



Dr. Wolfgang Hell  
Erster Bürgermeister

Protokollführer/in

Hannah Hefermehl